

Protestkundgebung, 8. November 2016

Silvia Dell'Aquila

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Mitprotestierende

Heute Nachmittag stehen wir zusammen hier vor dem Grossratsgebäude und sagen Nein zu den angekündigten Abbaumassnahmen in unserem Kanton. Massnahmen, die für die Kantonsangestellten, aber vor allem für die Aargauerinnen und Aargauer einschneidend sein werden. Wenn ich zu euch schaue, sehe ich Vertreterinnen und Vertreter aus allen Bereichen: Lehrerinnen und Lehrer, Verwaltungsangestellte, Pflegefachpersonen, Polizistinnen, Putzpersonal und weitere Berufsleute, die sich tagtäglich für das Wohl des Kantons Aargau und seiner Bevölkerung engagieren. Wir zeigen heute, dass wir uns nicht auseinanderdividieren lassen, uns nicht gegenseitig die Schuld in die Schuhe schieben und nach Sündenböcken suchen. Nicht die kantonale Verwaltung, nicht die Lehrpersonen, nicht der Gesundheitsbereich, nicht Asylsuchende, nicht Sozialfälle, nicht Arbeitslose sind schuld an der finanziellen Misere im Kanton Aargau. Wir wissen, dass die Finanzpolitik, welche Steuergelder verschenkt und gleichzeitig den staatlichen Dienstleistungen finanzielle Mittel entzogen hat, in diesem Gebäude gemacht wurde und diese Politik mehrheitlich für diese Situation verantwortlich ist. Und jetzt wollen uns die gleichen Leute, die da drin sitzen weiss machen, dass wir daran schuld sind, mit unseren Löhnen, oder ganz grundsätzlich, mit den Stellen, die wir besetzen.

Ich spreche heute im Namen aller Personalverbände, welche die Arbeitnehmenden im Gesundheitsbereich vertreten.

Der Kanton Aargau plant auch im Gesundheitsbereich massive Abbaumassnahmen:

- In Zeiten des Ärztemangels kürzt der Kanton die Gelder für die Weiterbildung der Assistenzärztinnen und Ärzte. Auch im Pflegebereich werden Praktikumsplätze abgebaut. Das ist aus unserer Sicht fahrlässig, gerade in einem Bereich, in dem Fachkräfte fehlen. Der Kanton tut es trotzdem.
- Zusätzlich reduziert der Kanton die Ressourcen der Spitäler, indem er die Tarife senkt und von den Spitälern mehr Dividenden verlangt. So bleiben zu wenig finanzielle Ressourcen für nötige Investitionen, die die Spitäler dringend tätigen müssen.
- Der Kanton zwingt die Spitäler zu ambulanten Behandlungen, auch wenn ein stationärer Aufenthalt angebracht wäre. Und weshalb? Bei einer ambulanten Behandlung zahlt alleine die Krankenkasse, bei einer stationäre muss der Kanton die Hälfte berappen. So spart der Kanton, während unsere Versicherungsprämien steigen.
- Im Verbraucherschutz, beispielsweise bei der Lebensmittelkontrolle, werden Stellen abgebaut, bei der Patientensicherheit und bei der Alpinen Rettung sollen Beiträge reduziert oder ganz gestrichen werden, die Präventionsarbeit wird reduziert, die Beiträge für Organisationen, die eine wertvolle Arbeit leisten und so das Gesundheits- und Sozialwesen entlasten, werden gestrichen.

Die Personalverbände und Gewerkschaften der Angestellten im Gesundheitswesen sorgen sich um die Zukunft. Nicht nur um die der Mitarbeitenden im Gesundheitsbereich, sondern auch um die Zukunft der Gesundheitsversorgung der Aargauer Bevölkerung. Wir sagen deshalb: Das ist krank!

Wir fordern den Grossen Rat auf, auf die geplanten und einschneidenden Abbaumassnahmen im Gesundheitswesen zu verzichten.

Die Organisationen im Gesundheitsbereich haben eine Petition lanciert und ich bitte euch alle, diese zu unterschreiben. Ihr findet sie unter der Web-Adresse: www.das-ist-krank.ch.

Ich bin überzeugt, dass wir heute gemeinsam ein starkes Zeichen setzen können und auch aufzeigen, dass uns an unserem Kanton und der Aargauer Bevölkerung viel liegt. Die Politik soll sich heute an uns ein Beispiel nehmen und im Interesse aller Aargauerinnen und Aargauer handeln.